

15/2011 13. Juli 2011

Leibniz-Senat nimmt zu vier Einrichtungen Stellung

Berlin. Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat am Mittwoch, 13. Juli 2011, zu vier Einrichtungen Stellung genommen. In drei Fällen attestierte er hohe Leistungen und empfahl Bund und Ländern, die Einrichtungen weiterhin gemeinsam zu fördern. In einem Fall empfiehlt der Senat, die gemeinsame Förderung fortzuführen und eine erneute Evaluierung in drei Jahren vorzusehen.

Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner untersucht Wechselwirkungen zwischen räumlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsprozessen in Geschichte und Gegenwart. Die vom Senat in seiner heutigen Stellungnahme als gut bis sehr gut beurteilten wissenschaftlichen Leistungen bieten Potential, das Institut weiter zu profilieren und so seine nationale und internationale Sichtbarkeit in der Wissenschaft und in der Politikberatung in den nächsten Jahren zu erhöhen. Dazu können auch die bemerkenswerten Sammlungsbestände zur Bauund Planungsgeschichte der DDR beitragen, die das Institut archiviert, pflegt und auswertet.

Der Senat hebt hervor, dass die Leitung des Instituts in den vergangenen Jahren einen erheblichen personellen Umbruch sehr gut bewältigte und wichtige Weichen für eine weitere positive Entwicklung stellte. So wurde eine klar strukturierte Nachwuchsförderung aufgebaut. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen in Berlin und Brandenburg ist erfolgreich und bietet weiteres Potential für gemeinsam getragene Forschungsstrukturen. Auch mit fachlich nahestehenden anderen außeruniversitären Einrichtungen in Deutschland kooperiert das IRS intensiv. Auf diesem Weg solle das IRS nun weiter voranschreiten, das heißt, seine internationale Zusammenarbeit unter strategischen Gesichtspunkten ausbauen und seine Forschungs- und Beratungsleistungen weiter steigern. Der Senat empfiehlt Bund und Ländern, das IRS weiterhin gemeinsam zu fördern.

Das Fachinformationszentrum Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur (FIZ KA) schätzt der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme als überaus erfolgreiche Einrichtung ein. Seine international konkurrenzfähigen Produkte und Dienstleistungen genügen höchsten Erwartungen bezüglich Aktualität, informationstechnologischer Qualität und Kundenfreundlichkeit, so das Gremium. Die hohe Nachfrage nach den Diensten des FIZ Karlsruhe spiegle sich in bemerkenswert hohen Einnahmen aus Leistungsangeboten des als gemeinnützige GmbH organisierten Instituts.

Die Dienstleistungen von FIZ Karlsruhe müssen, so der Senat weiter, in Zukunft noch stärker als bisher auf eigenständiger angewandter Forschung und Methodenentwicklung aufbauen, um auf einem dynamischen Informationsmarkt langfristig wettbewerbsfähig bleiben zu können. Der Senat empfiehlt daher, zukünftig deutlich mehr Personal für Forschung und Entwicklung vorzusehen. Dies erfordere zum einen Umschichtungen von Mitteln am Institut, aber auch ein größeres finanzielles Engagement von Bund und Ländern. Der Ausbau der angewandten Forschung werde auch zu einer intensiveren akademischen Nachwuchsförderung beitragen. Der Senat empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung der Einrichtung fortzusetzen.

Die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (ZBW) in Kiel und Hamburg hat in den vergangenen Jahren mit wichtigen strukturellen Veränderungen auf die dynamischen Entwicklungen in den Informationstechnologien reagiert. Dies hält der Senat der Leibniz-Gemeinschaft in seiner heute veröffentlichten Stellungnahme fest. So ist die ZBW in eine rechtlich selbstständige Stiftung umgewandelt worden. Seit 2010 ist der Direktor erstmals gleichzeitig auch Professor an der Universität Kiel. Der Senat sieht beste Voraussetzungen dafür, dass der profilierte Medieninformatiker, der die ZBW nun leitet, den begonnenen Modernisierungsprozess in den nächsten Jahren weiter vorantreibt.

Auch in Zukunft soll die ZBW mit ihren traditionellen Dienstleistungen überzeugen, so der Senat. Gleichzeitig müsse sie ihre neuen elektronischen Dienste unter strategischen Gesichtspunkten fokussieren. Der Senat begrüßt, dass die ZBW angewandte Forschung und Methodenentwicklung weiter ausbauen möchte. Das Leibniz-Zentrum habe erkannt, dass moderne Informationsdienstleistungen nur auf einem solchen Fundament wettbewerbsfähig entwickelt werden können.

Positiv hebt der Senat auch hervor, dass und wie die Integration der Kieler ZBW mit der Bibliothek des früheren Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv in den vergangenen Jahren gelungen ist. Dringenden Handlungsbedarf sieht der Senat jedoch bei der unzureichenden Unterbringung von Buchbeständen in Hamburg. Der Senat empfiehlt Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung der ZBW fortzuführen.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) war 2007 sehr kritisch beurteilt worden. Deshalb wurde das Institut nun bereits nach vier statt nach sieben Jahren erneut evaluiert. Nach wie vor bleibe das IWH, so der Senat, in Bezug auf seine wissenschaftlichen Leistungen hinter den Erwartungen zurück. Die Leistungen werden derzeit als größtenteils befriedigend, in Einzelfällen gut bewertet.

Der Senat sieht jedoch auch, dass für die Bearbeitung zentraler Fragestellungen des Instituts ein hoher wissenschafts- und innovationspolitischer Bedarf besteht. Das Leitthema des Instituts "Von der Transformation zur europäischen Integration" sei im Grundsatz geeignet, um daraus ein eigenständiges Forschungsprofil und ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln. Damit ein solches Konzept entwickelt und umgesetzt werden kann ist es nach Auffassung des Leibniz-Senats unerlässlich, dass das IWH wissenschaftlich grundlegend reformiert werde, um seine Leistungsfähigkeit deutlich zu steigern. Der Senat sieht Chancen für die Realisierung einer solchen Reform, deren Grundlagen ohne Verzug innerhalb des kommenden Jahres konzeptionell und personell geschaffen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Senat Bund und Ländern, die gemeinsame Förderung des IWH fortzuführen. Angesichts der grundlegenden Kritikpunkte, die in der heute veröffentlichten Senatsstellungnahme ausgeführt sind, soll die nächste Überprüfung der Fördervoraussetzungen in drei Jahren stattfinden.

Die einzelnen Senatsstellungnahmen finden Sie im Wortlaut auf den Internetseiten der Leibniz-Gemeinschaft unter www.leibniz-gemeinschaft.de/evaluierung

Pressekontakt

Pressestelle der Leibniz-Gemeinschaft Schützenstraße 6a 10117 Berlin

Josef Zens Pressesprecher

Tel.: 030 / 20 60 49-42 Mobil: 0173 / 513 56 69

zens@leibniz-gemeinschaft.de

Christoph Herbort-von Loeper

Pressereferent

Tel.: 030 / 20 60 49 – 48 Mobil: 0174 / 310 81 74

herbort@leibniz-gemeinschaft.de

Hintergrund

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft evaluiert in einem Zeitraum von maximal sieben Jahren die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft. Auf der Grundlage der Senatsstellungnahmen überprüfen Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), ob die Voraussetzungen für die gemeinschaftliche Förderung der Leibniz-Einrichtungen weiterhin gegeben sind. Der Senat ist extern besetzt, das Evaluierungsverfahren strikt unabhängig. Zur Durchführung der Evaluierungen hat der Leibniz-Senat den Senatsausschuss Evaluierung (SAE) eingesetzt. Zur Evaluierung der einzelnen Institute bildet der SAE Bewertungsgruppen, die aus international renommierten und unabhängigen Wissenschaftlern zusammengesetzt sind. Die Bewertungsgruppen besuchen die Institute und bilden sich anschließend auf der Grundlage von Textmaterialien, Institutsdaten sowie Interviews und Diskussionen mit den Institutswissenschaftlern eine Meinung über die wissenschaftliche Qualität und Bedeutung der Einrichtung.

Die Leibniz-Gemeinschaft

Zur Leibniz-Gemeinschaft gehören zurzeit 87 selbständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, und Sozialwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen strategisch und themenorientiert. Dabei bedienen sie sich verschiedener Forschungstypen wie Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Forschung, wissenschaftlicher Infrastrukturen und forschungsbasierter Dienstleistungen. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie pflegt intensive Kooperationen mit den Hochschulen, u.a. über gemeinsame Wissenschaftscampi, und mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Ihre Einrichtungen unterliegen einem maßstabsetzenden transparenten und externalisierten Begutachtungsverfahren. Jedes Leibniz-Institut hat eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung. Daher fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen etwa 16.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind ca. 7.800 Wissenschaftler, davon wiederum 3.300 Nachwuchswissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,4 Mrd. Euro, die Drittmittel betragen etwa 330 Mio. Euro pro Jahr.

www.leibniz-gemeinschaft.de